

Regierungsprogramm 2013 – 2017



Vorwort

Liechtenstein steht vor wichtigen Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, sind Handlungsfähigkeit, Handlungswille und eine klare Ausrichtung gefordert. Mit dem Regierungsprogramm legen wir die Leitlinien für die Legislatur der Jahre 2013 bis 2017 fest und formulieren konkrete Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen.

Es gibt heute oft keine Einzelprobleme mehr. Gefragt sind vielmehr Gesamtlösungen, die interdisziplinären oder inhaltsübergreifenden Charakter haben. Das Regierungsprogramm ist deshalb nicht nach Ministerien aufgeteilt, es orientiert sich vielmehr an vier Querschnittsthemen. Sie bilden wichtige Pfeiler für die zukünftige Wohlfahrt des Landes.

Liechtenstein hat in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht. Wir wollen im Sinne der Kontinuität Bewährtes fortsetzen und gleichzeitig durch eine abgestimmte Reformpolitik neue Chancen eröffnen. Dabei gilt es, die Leistungen und Aufgaben des Staates kritisch zu hinterfragen und nötige Veränderungen vorzunehmen. Es ist unser Ziel, die Zukunft des Landes positiv zu gestalten.

Grundlage dafür sind die Wiederherstellung und die Sicherung eines soliden und ausgeglichenen Staatshaushalts, der uns eine generationenübergreifende Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit ermöglicht und unsere Souveränität stärkt. Wir wollen infrage stellen, um uns zu stärken. Hierzu zählt die permanente Arbeit an den Standortfaktoren, wie attraktive Rahmenbedingungen, Sozialpartnerschaft und Bildung auf der Basis einer wirtschaftsliberalen Grundhaltung. Wir wollen überdenken, um neue Lösungsräume zu schaffen. Hierzu zählen Entwicklung und Sicherung der hohen Lebens- und Landschaftsqualität des Landes sowie die Stärkung der Rahmenbedingungen für Innovation. Damit generieren wir die notwendige Wertschöpfung im Inland.

Ebenso wichtig wie die Stärkung im Innern ist die Festigung der Souveränität nach aussen. Wir wollen, dass die Menschen in Liechtenstein weiterhin stolz auf ihr Land sein können. Dazu gehört das Sich-Behaupten als selbstständiger und selbstbewusster Staat innerhalb der Staatengemeinschaft. Die hohe Kontinuität und Verlässlichkeit in der Aussenpolitik tragen hierzu entscheidend bei.

Bei allem, was wir sowohl im Inland als auch in der Welt tun, steht der Mensch im Zentrum. Unser Einsatz für Demokratie, wirtschaftliche Freiheit, Schutz des Eigentums, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und internationale Solidarität bleiben

dafür wichtige Beiträge. Was uns nach aussen wichtig ist, gilt auch nach innen. Unser Land hat dann eine gute Zukunft, wenn das Ringen um Lösungen von gegenseitigem Respekt und Kreativität geprägt ist. Wir wollen bewusst Impulsgeber und Gestalter für die Suche nach zukunftstauglichen Antworten sein. Um diese Verantwortung bestmöglich wahrzunehmen, sind wir auf Anregungen, Resonanz und Mitgestaltung aller gesellschaftlichen Gruppierungen und Generationen angewiesen.

Wir wünschen uns, dass Parteien, Verbände und Einzelpersonen das Regierungsprogramm unterstützen. Wir möchten darüber hinaus, dass möglichst viele Menschen an der Umsetzung, laufenden Vertiefung und Erweiterung des Programms konstruktiv mitarbeiten und so die anstehenden Veränderungen mittragen.



Adrian Hasler Regierungschef Thomas Zwiefelhofer Regierungschef-Stellvertreter

Marlies Amann-Marxer Regierungsrätin Mauro Pedrazzini Regierungsrat Aurelia Frick Regierungsrätin

Mr. Suam

Aufbau des Regierungsprogramms

Dieses Regierungsprogramm soll einerseits aufzeigen, in welchen konkreten Bereichen die Regierung Handlungsbedarf sieht und welche Massnahmen sie dafür in dieser Legislaturperiode ergreifen wird. Andererseits möchte die Regierung mit diesem Programm darlegen, welche Aspekte des Landes Liechtenstein für die Regierungsarbeit von Bedeutung sind. Dazu gehören auch Themen, die heute gut gelöst sind und funktionieren, deswegen jedoch nicht weniger wichtig sind.

Die meisten für das Land Liechtenstein wichtigen Herausforderungen und Problemstellungen sind naturgemäss eng miteinander verflochten. Erfolgreiche Lösungen müssen deshalb diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen berücksichtigen. Die Regierung hat sich deshalb bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms von der klassischen Gliederung in Ministerien gelöst und einen systemischen Ansatz gewählt, der der Verflechtung mehr Geltung verschafft.

Das vorliegende Regierungsprogramm gliedert sich in die vier Bereiche Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Lebensraum. Vorangestellt sind die Grundsätze der Regierungsarbeit. Sie drücken aus, in welcher Art und Weise die Massnahmen umgesetzt werden sollen.

Grundsätze der Regierungsarbeit

1. Wahrung der Landesinteressen

Die oberste Aufgabe des Staates ist die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt. Die Regierung setzt sich hierbei für durchdachte Lösungen ein, die die langfristigen Interessen Liechtensteins wahren. Sie vertritt selbstbewusst die Interessen Liechtensteins in der Region, in Europa und in der Welt und dokumentiert dies durch das Aushandeln optimaler internationaler Abkommen.

2. Konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die Regierung arbeitet vertrauensvoll und konstruktiv zusammen. Zur bestmöglichen Wahrung der Landesinteressen in den zwischenstaatlichen Beziehungen, insbesondere in der Aussenwirtschaftspolitik, haben sich die Koalitionspartner zur einhelligen Vertretung der miteinander abgestimmten Positionen verpflichtet.

3. Veränderung als Chance

Die Regierung will die Herausforderung aus den sich laufend ändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, insbesondere durch internationale Entwicklungen, aktiv annehmen. Sie will die positiven Aspekte des Wandels nutzen und damit einen massgeblichen Beitrag zur Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft, zur Lebensqualität der Menschen, zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land leisten und Liechtenstein in der Staatengemeinschaft vorteilhaft positionieren.

4. Ausgeglichener Staatshaushalt

Kostenbewusstsein und gezielter Umgang mit den öffentlichen Mitteln sind unsere Maximen. Haushaltsdisziplin und -stabilität garantieren langfristige Handlungsund Gestaltungsfähigkeit sowie Eigenständigkeit und Souveränität. Nur eine solide finanzielle Grundlage ermöglicht die dafür erforderlichen Investitionen.

5. Bestehende Potenziale nutzen und neue Chancen eröffnen

Spezialisiertes Know-how in Unternehmen und gut ausgebildete Fachkräfte sind wichtige Ressourcen unseres Landes. Liechtenstein soll weiterhin für erfolgreiche Innovationen stehen und für vielfältige Chancen in der Bildung. Mit dem Bekenntnis zu unserer wirtschaftsliberalen Grundhaltung will die Regierung vorhandene Gestaltungsräume für Wirtschaft und Gesellschaft gezielt nutzen und die Wertschöpfung im Inland begünstigen.

6. Ausgewogene und tragfähige Lösungen umsetzen

Die Regierung strebt bei der Erarbeitung von Lösungen eine konstruktive und transparente Zusammenarbeit mit allen Anspruchsgruppen an. Im Dialog entstehen ausgewogene Lösungen. Diese sollen unsere gemeinsamen Werte festigen und die Solidarität innerhalb der Gesellschaft fördern. Entscheide werden mit Blick auf die künftigen Generationen verantwortungsvoll getroffen.

7. Leistungsfähige und kompetente Verwaltung

Strukturen und Leistungen der Verwaltung müssen sich laufend an die sich verändernden Bedürfnisse von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat anpassen. Eine effiziente, kostenbewusste und leistungsfähige Verwaltung ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Eine solche Verwaltung ist bestrebt, ihr Handeln nachvollziehbar und verständlich zu machen.

8. Verantwortung übernehmen und Vertrauen schaffen

Die Regierung hat die politische Verantwortung für das Land in einer Zeit grosser Herausforderungen übernommen. Die Regierung verpflichtet sich zu verantwortungsvollem Handeln und will dadurch Vertrauen schaffen. Sie lädt alle Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein, in ihrem Verantwortungsbereich Gesamtinteressen und Einzelinteressen sorgfältig abzuwägen und so an einer guten Zukunft unseres Landes mitzugestalten.

9. Solidarität

Die Regierung trifft ihre Entscheide in dem Bewusstsein, dass sich eine intakte Gesellschaft auch am Wohl der sozial Schwächsten misst. Sie setzt sich deshalb für Solidarität innerhalb der Gesellschaft ein.

Staat

Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit sichern

Die Regierung wird die vom Staat bisher wahrgenommenen Aufgaben in qualitativer und quantitativer Hinsicht überprüfen. Das Bestreben ist, die Regulierungsdichte zu reduzieren, Bürokratie abzubauen sowie das Potenzial zur Reduktion der Staatsaufgaben zu nutzen. Das schafft Transparenz für den Bürger, Effizienz in der Verwaltung und Entlastung für die Wirtschaft. Abgesehen von internationalen Verpflichtungen sollen neue Gesetze nur dort geschaffen werden, wo es nötig ist. Sie sollen zielführend, systematisch und ressourcenoptimal sein. Wir pflegen damit eine liberale Grundhaltung und stärken die Eigenverantwortung.

Der Staatshaushalt soll in dieser Legislaturperiode wieder ausgeglichen werden. Dafür strebt die Regierung Massnahmen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite an sowie Kostenoptimierungen und Effizienzsteigerungen in der Landesverwaltung. Dafür soll vorrangig auf das verwaltungsinterne Fachwissen zurückgegriffen werden. Um diesen Prozess zu unterstützen, werden die bestehenden Führungsinstrumente überprüft und Führungskompetenz und Verantwortung bei den Mitarbeitenden gestärkt. Bei staatlichen Investitionen für Infrastrukturprojekte stehen Notwendigkeit und Zweckmässigkeit im Vordergrund.

Zwischen Land und Gemeinden wird eine verstärkte Zusammenarbeit angestrebt. Insbesondere sollen die jeweiligen Zuständigkeiten klar geregelt sowie Doppelspurigkeiten beseitigt werden. Die Führung und Überwachung der öffentlichen Unternehmen soll mit einem intensiven Austausch zwischen der Regierung und den strategischen Führungsebenen umgesetzt werden.

Mit dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat und der Reduktion der Rentenleistungen wird die Basis für die langfristig gesicherte betriebliche Pensionsversicherung der Staatsangestellten und staatsnahen Betriebe geschaffen. Die Ausfinanzierung der Deckungslücke ist hierzu erforderlich. Zukünftige Risiken für den Staatshaushalt sind zu vermeiden.

Die Neuregelung der Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften soll zum Abschluss gebracht werden. Durch diese Neuregelung wird eine weitgehende Entflechtung des staatlichen und kirchlichen Bereiches erzielt. Beide Seiten erhalten die notwendige Autonomie für ihre Entfaltung, ohne eine Zusammenarbeit zum Wohle des Gemeinwesens auszuschliessen. Zudem werden auch weitere Religionsgemeinschaften, denen eine bestimmte gesellschaftliche Bedeutung zukommt, die Möglichkeit erhalten, sich staatlich anerkennen zu lassen.

Eine wichtige Aufgabe des Staates ist die Wahrnehmung der Interessen Liechtensteins in der Staatengemeinschaft. Durch seine Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen stärkt Liechtenstein seine Souveränität. In der täglichen Arbeit setzt sich die Regierung gezielt für die Interessen des Landes Liechtenstein sowie dessen Bevölkerung und Wirtschaft ein. Kontinuität und Verlässlichkeit in der Aussenpolitik tragen massgeblich zu einer positiven Reputation Liechtensteins im Ausland bei. Eine zentrale Bedeutung kommt weiterhin der Nachbarschaftspolitik, der Europapolitik sowie der Aussenwirtschaftspolitik zu. Gleichzeitig führt Liechtenstein sein profiliertes Engagement in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und internationale Solidarität weiter.

Leistungsumfang reduzieren

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
In den letzten Jahrzehnten wurden der Umfang und das Niveau der Staatsaufgaben ausgeweitet. Im internationalen Vergleich bietet Liechtenstein ein hohes Leistungsniveau bei niedriger finanzieller Belastung für die Bevölkerung. In den Zeiten der Haushaltskonsolidierung muss dieses Leistungsangebot hinterfragt werden.	Staatsaufgaben sollen abgebaut und Leistungen reduziert werden.	Die staatlichen Aufgaben werden analysiert und wo möglich abgebaut. Der Umfang und die Ausgestaltung der Leistungen sowie ihre Finanzierung werden auf dieser Basis kritisch überprüft und reduziert.

Staatshaushalt ausgleichen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Im Zuge der glo- balen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Neuorientierung des Finanzplatzes sowie der Einführung des neuen Steuersystems sind die Einnahmen des Staates markant gesunken. Zudem haben sich die Ausgaben des Staates aufgrund gesellschaftlicher und politischer Anspruchshaltungen sowie zunehmender internationaler Verpflichtungen mit entsprechender Regulierung erhöht.	Der Staatshaushalt soll bis 2017 ausgeglichen sein. Für volkswirtschaftlich wichtige Investitionen soll ausreichend Handlungsspielraum geschaffen werden.	Die Massnahmenpa- kete I bis III werden weiterhin konse- quent umgesetzt. Weitere Sparpoten- ziale werden evalu- iert und realisiert. Gemeinsam mit den staatsnahen Betrieben wird eine Ausschüt- tungspolitik festgelegt, die den Interessen des Unternehmens sowie des Staates Rechnung trägt. Sozialleistungen werden bezüglich ihrer zielge- nauen Ausrichtung un- tersucht und angepasst.

Verwaltung kundenorientiert und leistungsfähig gestalten

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Die Souveränität Liechtensteins und seine internationalen Verpflichtungen, insbesondere die gleichzeitige Teilnahme im EWR und an der Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz, führen zu ausgeweiteten Verwaltungsstrukturen und zunehmender Regulierung. Regulierungen und gesetzliche Vorschriften, die sich aus internationalen Verpflichtungen ergeben, haben mit der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung teilweise wenig zu tun. Für Unternehmen ist es zentral, dass Amtsgeschäfte so effizient wie möglich ablaufen. Liechtenstein ist hier im internationalen Vergleich schon sehr gut aufgestellt. Dennoch besteht Optimierungspotenzial.	Leistungsfähigkeit und Effizienz der Landesverwaltung sollen weiter gesteigert werden. Die Landesverwaltung soll als kompetent und kundenorientiert wahrgenommen werden.	Verwaltungsprozesse werden kundenorientiert vereinfacht. Informationstechnologien werden verstärkt eingesetzt. Synergien in übergreifenden Prozessen werden gezielt genutzt. Regulierungen werden im eigenen Handlungsspielraum gezielt abgebaut. Die für die Wirtschaft wichtigen Abläufe und Prozesse werden mit starker Kundenorientierung optimiert.

Justizverwaltung reformieren

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Ein effizientes, gut funktionierendes und qualitativ hochstehendes Gerichtswesen ist eine Grundvoraussetzung der Rechtsstaatlichkeit und Teil der wirtschaftlichen Standortvorteile. Eine weitere Stärkung des Gerichtswesens und der Justizverwaltung dient den Rechtssuchenden sowie der international ausgerichteten Wirtschaft.	Der Staat soll die Aufwendungen für das Justizwesen zielgerichtet und effizient einsetzen. Strukturveränderungen im Gerichtswesen sollen zu einer weiter gesteigerten Qualität der Rechtsprechung führen.	Die bestehenden Rechtsmittel- möglichkeiten wer- den überprüft. Die Ausgestaltung so- wie Zusammensetzung der Gerichte werden überprüft und optimiert. Die Voraussetzungen des Mitteleinsatzes für den Rechtsschutz (Verfahrenshilfe) werden überprüft.

12 | Gesellschaft

Zusammenhalt stärken

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen betreffen alle Generationen und erfordern besonders sorgfältige Entscheidungen. Die generationenübergreifende Solidarität und damit der Zusammenhalt der Gesellschaft sind keine Selbstverständlichkeit, sondern gewinnen an Bedeutung.

Eine besondere Herausforderung stellen die steigenden Kosten im Gesundheitssystem dar. Zur künftigen Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems und zur Minimierung der Kostensteigerung müssen alle Beteiligten einen Beitrag leisten. Entsprechende Gesetzesrevisionen haben das Ziel, das Versicherungssystem neu auszugestalten, die Eigenverantwortung zu stärken sowie die Leistungen laufend zu überprüfen. Auch in Zukunft soll ein bezahlbares Gesundheitssystem mit hoher Qualität und guter Versorgung verfügbar sein.

Die steigenden Kosten in der Betreuung und Pflege, die unter anderem durch die demografische Entwicklung ausgelöst werden, gefährden die Solidarität in der Gesellschaft. Die Regierung strebt vor diesem Hintergrund den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Grundversorgung im Pflege- und Betreuungsbereich an. Auch die Sozialwerke, insbesondere die AHV, müssen in finanzieller Hinsicht langfristig gesichert werden. Ziel der Regierung ist zudem eine Optimierung der Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Spezielles Augenmerk legt die Regierung weiterhin auf die innere Sicherheit in Liechtenstein. Dabei muss immer wieder eine sorgfältige Abwägung zwischen persönlichen Freiheiten und notwendiger Kontrolle erreicht werden. Internationale Entwicklungen werden aufmerksam verfolgt, um daraus die Weiterentwicklung der für Liechtenstein relevanten Belange in die Wege zu leiten.

Die heutigen Regelungen bezüglich Zuwanderung sollen grundsätzlich beibehalten und in ihrer Anwendung optimiert werden. Die Chancen der Migration sollen wahrgenommen werden. Die entsprechenden Herausforderungen werden angenommen und für eine positive Entwicklung Liechtensteins genutzt. Die von Fördern und Fordern

geprägte Integrationspolitik wird weitergeführt. Liechtenstein soll zudem als verlässlicher Partner in der Staatengemeinschaft wahrgenommen werden und seinen Beitrag im Rahmen von Migrationspartnerschaften und bei der Aufnahme von Flüchtlingen leisten.

Liechtenstein verfügt über ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen sowie qualitative Ansprüche an das Schulsystem erfordern aber, dass dieses laufend hinterfragt und weiterentwickelt wird. Somit strebt die Regierung punktuelle Verbesserungen im Schulsystem an. Der Regierung ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler im Zentrum stehen. Sie unterstützt die Schulen und Bildungseinrichtungen, indem sie die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen zur Verfügung stellt. Ausserdem strebt die Regierung eine Stärkung des liechtensteinischen Schulsystems durch eine klare Kompetenzregelung an. Die duale Berufsbildung als tragender Pfeiler der liechtensteinischen Bildungslandschaft soll auf hohem Niveau gefestigt und gestärkt werden. Der Zugang zu ausländischen Schulen und Universitäten soll weiterhin garantiert werden.

Liechtenstein zeichnet sich durch sein äusserst vielfältiges und reichhaltiges Kulturleben aus. Viele Menschen in Liechtenstein engagieren sich in Vereinen, nehmen aktiv am kulturellen Leben teil und leisten somit einen wichtigen Beitrag, die kulturelle Identität des Landes lebendig zu halten. Das Bewusstsein für die Bedeutung der Kultur für die Wirtschaft und die Gesellschaft gilt es zu stärken.

Der Sport hat in Liechtenstein sowohl für die Gesellschaft als auch für die Aussenwirkung eine grosse und breit abgestützte Bedeutung. Breitensport auf Vereinsebene wirkt in vieler Hinsicht integrativ und bedeutet gleichzeitig Bewegung, Ausgleich zum Arbeitsleben, Wohlbefinden und nicht zuletzt Förderung der Gesundheit.

Staatliche Mittel zur Förderung von Kultur und Sport werden so eingesetzt, dass das Verhältnis zwischen eingesetzten Mitteln und erzieltem Nutzen möglichst günstig ist.

Demografische Herausforderungen meistern

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Durch die demografische Entwicklung wird die AHV immer stärker beansprucht. Das führt zu einer erhöhten Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung. Der demografische Wandel stellt nicht nur die finanzielle Sicherung der Sozialwerke vor grosse Herausforderungen, auch die Strukturen zur Bewältigung der Alterspflege müssen bedarfsgerecht ausgestaltet werden.	Die Sozialwerke sollen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gesichert werden. Für Betreuung und Pflege im Alter sollen ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen.	Die AHV-Gesetzgebung wird mit dem Ziel der finanziellen Sicherung einer Revision unterzogen. Die Grundlage der betrieblichen Personalvorsorge wird überprüft und einer Revision unterzogen. Das Angebot an Plätzen in Alterswohnund Pflegeheimen wird bedarfsgerecht ausgebaut. Administrative Hürden bei der häuslichen Pflege werden abgebaut.

Finanzierbares Gesundheitswesen schaffen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Neben der technolo- gischen Entwicklung und einer höheren Lebenserwartung führen falsche Anreize und ein starker Kon- sum von Leistungen im Gesundheitswesen zu immer höheren Gesundheitskosten.	Die medizinische Versorgung soll qualitativ hochwertig und finanzierbar sein.	Im Rahmen einer Revision des Krankenversicherungssystems werden Fehlanreize und Systemschwächen im aktuellen Gesundheitssystem korrigiert. Die Schwerpunkte der Revision liegen in der Stärkung der Eigenverantwortung, der Anpassung des Leistungskatalogs sowie besseren Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten in Tariffragen. Die Tarifgestaltung wird bezüglich Transparenz und Preisbildung hinterfragt.

Schüler in den Mittelpunkt stellen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Bei Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern besteht der Wunsch nach einem Abbau von Bürokratie und mehr Ruhe im Schulsystem.	In der Bildungspolitik sollen die Schülerinnen und Schüler sowie de- ren schulische Entwick- lung im Zentrum stehen.	Durch die Klärung von Verantwortlichkeiten wird mehr Klarheit ins Schulsystem gebracht und die Verwaltung entlastet. Es werden keine grund- sätzlichen Schulrefor- men durchgeführt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Zunehmend sind beide Elternteile erwerbstä- tig. Die Wirtschaft ist aufgrund des Fach- kräftemangels auf die Arbeitskraft beider Elternteile angewiesen.	Familien sollen die Herausforderungen, die sich durch Kin- derbetreuung und Arbeit ergeben, besser bewältigen können.	Die Systeme der ausserhäuslichen Kinderbetreuung werden weiterentwickelt. Administrative Hürden bei der Kinderbetreuung werden abgebaut. Die Wirtschaft wird ermutigt, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Sicherheit gewährleisten

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Durch die technologischen Entwicklungen und aufgrund der zunehmenden digitalen Vernetzung auf allen Ebenen entstehen neue Bedrohungsszenarien. Durch den Wegfall von Grenzkontrollen und anderen Erleichterungen im Personenverkehr innerhalb Europas ist es schwieriger geworden, der grenzüberschreitenden Kriminalität zu begegnen.	Die persönliche Sicherheit soll auf hohem Niveau gewährleistet sein.	Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit und die polizeilichen Möglichkeiten bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität werden mit der Schaffung entsprechender rechtlicher Grundlagen gestärkt. Die Grundlagen, Aufgaben und Zielsetzungen des Bevölkerungsschutzes werden überarbeitet und den neuen Herausforderungen angepasst, insbesondere durch die Aktualisierung der Naturgefahrenkarten und durch die Neuorganisation des Sicherheitsverbundes zwischen Land und Gemeinden.

Standortattraktivität nutzen und weiterentwickeln

Die Wirtschaft ist der Motor für die Wohlfahrt Liechtensteins. Innovative und diversifizierte Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe schaffen Wirtschaftswachstum, um neben Arbeitsplätzen und einer tiefen Arbeitslosenquote auch Wertschöpfung im Inland zu generieren sowie einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der Sozialwerke zu leisten. Für die Regierung ist es deshalb von zentraler Bedeutung, weiterhin für attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu sorgen und gleichzeitig die Planungs- und Rechtssicherheit für in- und ausländische Unternehmen zu erhöhen. Zudem soll Wert auf eine gelebte Sozialpartnerschaft gelegt werden.

Die internationalen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft entwickeln sich dynamisch. Der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene wird zur Standortstärkung entsprechend grosse Bedeutung beigemessen. Der Standortwettbewerb ist zu einem entscheidenden Treiber für die Wirtschaftskraft geworden. Wichtigste Ziele der Regierung sind deshalb,

die Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein nachhaltig zu fördern, seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und seine Diversifikation zu vertiefen. In Kombination mit einer guten Erreichbarkeit, moderner Infrastruktur und raumplanerisch zweckmässigen Arbeitsplatzgebieten sollen sich ansässige Unternehmen weiterentwickeln und sich neue Unternehmen ansiedeln können.

Der Finanzdienstleistungssektor ist für Liechtenstein von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die letzten Jahre haben sowohl international als auch national zu einer grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen in der Finanzbranche geführt. Die Regierung unterstützt den Anpassungsprozess des Finanzplatzes und misst dem engen Einbezug der Finanzplatzakteure und der grössenverträglichen Umsetzung von Regulierungen ein hohes Gewicht bei.

Die Regierung will für die Kunden des Finanzplatzes eine hohe Rechtssicherheit gewährleisten und vorausschauend agieren. Dazu gehören die aktive Positionie-

rung in der internationalen Steuerkooperation, die bewusste Optimierung der Rahmenbedingungen und die positive Positionierung in der internationalen Wahrnehmung. Ebenfalls bekennt sich die Regierung zu den internationalen Standards im Bereich der Bekämpfung der Geldwäscherei, der international organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus.

Im Telekommunikationsbereich sollen die Bedürfnisse von Bevölkerung und Unternehmen nach marktfähigen Produkten und Dienstleistungen im Kernbereich der elektronischen Kommunikation befriedigt werden. Leistung und Preis sollen sich dabei am regionalen Umfeld orientieren. Ein bedarfsgerechter Ausbau eines leistungsfähigen Telekommunikationsnetzes wird angestrebt.

Wirtschaftliche Diskriminierungen abbauen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Liechtenstein lebt wesentlich von einer starken Exportwirtschaft und von internationalen Finanzdienstleistungen. Handelshemmnisse und Diskriminierungen treffen Liechtensteins Wirtschaft besonders stark. Reputationsprobleme führen zu nachteiliger Behandlung liechtensteinischer Unternehmen im Ausland. Ein möglichst diskriminierungsfreier Marktzugang ist für liechtensteinische Unternehmen elementar.	Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe sowie Finanzplatzakteure sollen einen ungehinderten Zugang zu internationalen Märkten haben.	Mit wichtigen Partnerländern werden Doppelbesteuerungsabkommen verhandelt. Weitere EFTA-Freihandelsabkommen werden abgeschlossen. Marktzugangshindernisse und Probleme bei der Anerkennung von liechtensteinischen Rechtsträgern werden ausgeräumt. Zollrechtliche Probleme und Schwierigkeiten in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung werden aktiv und lösungsorientiert angegangen.

Finanzplatz weiterentwickeln

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Die grundlegenden Veränderungen der Rahmenbedingungen und Marktverhältnisse in der Finanzbranche führen zu grossen Unsicherheiten. Die Bewältigung der neuen internationalen und europäischen Regulie- rungen beansprucht hohen Ressourcen- einsatz und schmälert die Gewinnmargen der Finanzmarktteilnehmer.	Der Finanzplatz soll über klare Rahmenbedingungen für bestehende und für die Erschliessung neuer Geschäftsfelder verfügen.	Die integrierte Finanz- platzstrategie wird konsequent umgesetzt und weiterentwickelt, wobei der Finanzplatz in der Erschliessung neuer Geschäftsfel- der unterstützt wird. Liechtenstein gestaltet im Bereich der inter- nationalen Steuerko- operation aktiv mit und engagiert sich in inter- nationalen Gremien. Internationale Regulie- rungen werden in enger Kooperation mit dem Finanzplatz grössen- verträglich umgesetzt. Im Rahmen der inter- nationalen Steuerko- operation setzt sich die Regierung für Lösungen zur Regularisierung der Vergangenheit sowie einer besseren Aner- kennung der liechten- steinischen Rechtsträ- ger im Ausland ein.

Liechtenstein als attraktiven Wirtschaftsstandort positionieren

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Liechtenstein wird im internationalen Standortwettbewerb zu wenig oder falsch wahrgenommen. Die bestehenden guten Rahmenbedingungen für Unternehmen müssen erhalten und wo nötig weiterentwickelt werden. Durch neue grenzüberschreitende Arbeitsformen und neue Dienstleistungen in der Arbeitswelt entstehen neue Herausforderungen im Bereich der Sozialpartnerschaft.	Die Stärken des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein sollen international bekannt werden. Liechtenstein soll als attraktiver Standort für wertschöpfungsstarke und innovative Unternehmen wahrgenommen werden. Liechtenstein soll über eine diversifizierte Volkswirtschaft verfügen.	Die internationale Vernetzung wird verbessert und der Wirtschaftsstandort Liechtenstein gezielt bekannt gemacht. Die Strukturen und Verantwortlichkeiten für Standortförde- rung werden geprüft und entwickelt. Es wird eine Ansied- lungsstrategie mit Schwerpunkt auf innovative, wert- schöpfungsstarke und emissionsarme Unter- nehmen erarbeitet. Neue und klare Rah- menbedingungen für Forschung und Innova- tion für Unternehmen werden geschaffen. Die Chancen von Liech- tenstein als Datenstand- ort werden geprüft.

Hochwertigen Lebensraum für künftige Generationen schaffen und sichern

Eine der wertvollsten Ressourcen Liechtensteins ist sein begrenzter Siedlungs- und Naturraum. Die Regierung erachtet deshalb die koordinierte Raumplanung als zentrale Herausforderung. Um die wertvollen Landschaften und Naturräume auch für künftige Generationen zu erhalten, ist einer abgestimmten Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in Liechtenstein verstärkt Beachtung zu schenken.

Die verkehrstechnische Erreichbarkeit ist für den Lebensraum und den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung. Der öffentliche Verkehr auf Strasse und Schiene wird weiter gefördert, insbesondere durch mittelfristig zu realisierende Busspuren und einen Ausbau der Bahninfrastruktur. Im Wissen um die Bedeutung der Anbindung Liechtensteins an die grossräumigen Verkehrsnetze soll die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Entscheidungsträgern fortgesetzt werden. Damit wird eine abgestimmte Vorgehensweise für eine zukünftige Abdeckung der Mobilitätsbedürfnisse aller Beteiligten sichergestellt.

Eine grosse Herausforderung liegt darin, die Natur und die Umwelt als Lebensraum zu erhalten und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Als Gebirgsland ist für Liechtenstein der Umgang mit unserem Berggebiet von grossem Interesse. Es ist somit auch in Zukunft von hoher Bedeutung, dass die Entwicklung und die Erhaltung unseres Berggebietes unter einem integralen Ansatz weiterverfolgt werden. Zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen trägt auch eine ökologisch orientierte Landwirtschaft bei, die umweltschonend und tiergerecht produziert.

Liechtenstein nimmt seine Verantwortung in der internationalen Umweltpolitik wahr und erfüllt die verschiedenen internationalen Verträge und Abkommen. Dabei orientiert sich die Regierung im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes an den internationalen Standards. Die Regierung ist bestrebt, im Spannungsfeld der zwei verschiedenen Wirtschaftsräume des EWR und der Schweiz optimale für Liechtenstein zugeschnittene Lösungen zu finden.

Umwelt- und Klimaschutz gehen einher mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Energie. Liechtenstein hat Potenziale bei der Steigerung der Energieeffizienz und bei der vermehrten Nutzung von einheimischen erneuerbaren Energien. Die Herausforderungen im Energiebereich sind auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit zu sehen. Im Fokus der Energiepolitik stehen technisch und wirtschaftlich umsetzbare Massnahmen mit hohem Wirkungsgrad.

Ein wichtiger Bereich ist der Schutz des Siedlungsraums. Insbesondere dem Schutz vor Naturgefahren wird dabei eine grosse Bedeutung beigemessen. Die bestehenden Schutzanlagen sind laufend zu überprüfen und – wenn notwendig – zu sanieren.

Mobilität sicherstellen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Für Liechtensteins Volkswirtschaft ist die Anbindung an die internationalen Verkehrsnetze essenziell. Das Binnenverkehrssystem konzentriert sich auf wenige Hauptverkehrsachsen. Die bestehende Eisenbahnlinie lässt keinen regionalen Taktverkehr zu. Das Verkehrsnetz Liechtensteins weist zu Hauptverkehrszeiten eine hohe Auslastung mit grosser Störungsanfälligkeit auf.	Die Gesamtkapazität des Verkehrsnetzes soll durch die Nutzung aller Verkehrsmittel erhöht werden. Die Störungsanfälligkeit des Verkehrssystems soll verringert werden. Staatliche Tiefbauten sollen nach Massgabe der Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Dringlichkeit saniert oder realisiert werden.	Das Projekt der regionalen S-Bahn FL-A-CH wird prioritär weitergeführt. Das Projekt Strassenverbindung Vaduz-Triesen wird weiter verfolgt. Die Planung zur Kapazitätssteigerung bei den Rheinbrücken inklusive Anschlusssysteme wird vorangetrieben. Das Langsamverkehrsnetz wird ausgebaut. Die Strassenverlegung Zuschg Schaanwald wird derzeit nicht realisiert.

Staatliche Liegenschaften optimieren

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Infrastrukturvorhaben setzen Impulse für die künftige Entwicklung. Investitions- und Folgekosten von staatlichen Bauten sind dabei möglichst tief zu halten.	Staatliche Hochbauten sollen in der Substanz erhalten werden. Staatliche Hochbauten sollen nach Massgabe der Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Dringlichkeit saniert oder realisiert werden. Die Funktionalität sowie die Gesamtkosten über den Lebenszyklus eines Gebäudes sollen im Vordergrund stehen. Bauökologie sowie Energieeffizienz sollen dabei einen hohen Stellenwert haben.	Der Ausbaustandard bei staatlichen Bauvorhaben wird überprüft. Für die Landesverwaltung wird eine Liegenschaftsstrategie erarbeitet, die durch die Bildung von Schwerpunktstandorten die Kosten langfristig senkt. Die bestehenden Schulinfrastrukturen werden soweit erforderlich saniert und bestmöglich genutzt. Sowohl der Neubau eines SZU II als auch der Ersatzbau des G-Trakts des Gymnasiums werden zurückgestellt.

Attraktiven Arbeits-, Wohn- und Lebensraum schaffen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Eine funktionierende Infrastruktur ist Voraus- setzung für die gesell- schaftliche, räumliche und wirtschaftliche Ent- wicklung Liechtensteins. Die räumliche Ent- wicklung für Wohnen,	Die bestehenden Sied- lungsräume sollen bei gleichzeitigem Erhalt der hohen Lebensqua- lität verdichtet werden. Zukünftige Arbeits- plätze sollen in ver- kehrstechnisch gut	Die Raumentwicklung wird kommunal und regional koordiniert. Das Agglomerati- onsprogramm wird fortgesetzt und abgestimmt mit den Gemeinden umgesetzt.
Arbeiten, Verkehr und Erholung führt zu Nutzungskonflikten.	erschlossenen Gebieten angesiedelt werden.	

Natürliche Lebensräume erhalten

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Der natürliche Lebensraum in Liechtenstein steht aufgrund der Bautätigkeit und der zunehmenden Nutzung unter Druck.	Die natürlichen Lebensräume sollen geschützt und erhalten werden.	Die Bevölkerung wird für umweltschonendes Verhalten sensibilisiert. Weitere ökologisch bedeutsame Flächen sowie Gewässerräume werden geschützt. Unter Einbezug von Vertretern der Landwirtschaft wird die Stossrichtung der zukünftigen Agrarpolitik festgelegt und weiterentwickelt.

Siedlungsraum schützen und den Folgen der globalen Erwärmung begegnen

Herausforderung	Zielsetzung	Massnahmen
Die globale Erwärmung führt zu Veränderungen in der meteorologischen und biologischen Umwelt, was unter anderem Konsequenzen auf die Bedrohung durch Naturgefahren hat.	Siedlungen sollen vor Naturgefahren geschützt werden. Mögliche Konsequenzen der globalen Erwärmung sollen für Liechtenstein aufgezeigt werden. Liechtensteins Anteil am Ausstoss von Treibhausgasen soll verringert werden. Allfällige neue Möglichkeiten, die sich durch die globale Erwärmung ergeben, sollen genutzt werden.	Es werden Massnahmen im Hochwasserschutz getroffen. Eine Klimaschutzstrategie sowie eine Anpassungsstrategie für Liechtenstein werden erstellt. Der Massnahmenplan «Luft» wird aktualisiert und weiterentwickelt. Die internationalen Standards im Klimabereich werden erfüllt.

Herausgeber:

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Peter-Kaiser-Platz 1 Postfach 684 9490 Vaduz Fürstentum Liechtenstein praesidiales@regierung.li www.regierung.li